

Nach der Bundestagswahl: Frauenrechtsthemen auf die Agenda der Sondierungsgespräche!

medica mondiale fordert feministische Antworten auf sexualisierte Gewalt und Unterstützung für Frauenrechtsaktivist:innen

Wähler:innen in Deutschland haben ihre Stimmen abgegeben und den 20. Deutschen Bundestag gewählt. In den kommenden Wochen finden Sondierungsgespräche und Koalitionsverhandlungen statt. Als feministische Frauenrechts- und Hilfsorganisation steht für uns fest: Feministische Handlungsansätze sind immer Teil einer wirksamen politischen Lösung.

Wie uns die Corona-Pandemie ebenso wie die aktuellen Entwicklungen in Afghanistan vor Augen führen, verstärken Krisen bestehende Ungleichheiten und insbesondere die Benachteiligung von Frauen. Diese geschlechtsspezifischen Auswirkungen müssen deshalb bei allen politischen Maßnahmen berücksichtigt und Frauen in die Erarbeitung von Lösungsansätzen gleichberechtigt einbezogen werden.

Wir fordern Politiker:innen und Parteien dazu auf, Frauenrechte als Priorität auf die Agenda der anstehenden Sondierungsgespräche zu setzen. Das heißt, feministische Politik im In- und Ausland voranzubringen und Maßnahmen gegen sexualisierte Gewalt sowie die Unterstützung von Überlebenden und von Frauenrechtsaktivist:innen zu einem zentralen Anliegen der kommenden Legislaturperiode zu machen.

Damit das gelingen kann, sollten die Parteien die folgenden drei Handlungsfelder bei den Verhandlungen berücksichtigen und zum Bestandteil späterer Koalitionsverhandlungen machen.

I. Geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen in Deutschland wirksam bekämpfen

Partnerschaftsgewalt, Vergewaltigungen, sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, digitale Gewalt: Die Liste der gewalttätigen Angriffe auf Frauen ist lang. Die jährliche Statistik des Bundeskriminalamtes zur Partnerschaftsgewalt belegt seit Jahren eine anhaltend hohe Gewalt gegen Frauen. Dabei bildet die Kriminalstatistik lediglich das sogenannte Hellfeld, also die Taten ab, die der Polizei bekannt geworden sind. Statistiken zur Motivation der Täter, genaue Täter- und Opferprofile sowie Untersuchungen der Gewaltursachen gibt es keine.

medica mondiale fordert alle Parteien dazu auf, Gewalt gegen Frauen endlich als gesamtgesellschaftliches Problem anzuerkennen und politische Lösungsansätze zu erarbeiten. Konkret bedeutet das unter anderem, dass sich die zukünftig regierenden Parteien dazu verpflichten, die Istanbul-Konvention vollumfänglich umzusetzen und die Finanzierung dafür sicherzustellen.

Dabei muss die Umsetzung der Istanbul-Konvention diskriminierungsfrei erfolgen. Insbesondere Mehrfachdiskriminierungen müssen berücksichtigt werden, damit alle Frauen davon profitieren können – unabhängig von Alter, Aufenthaltsstatus, Beeinträchtigungen und sexueller Identität.

II. Ursachen von Gewalt in den Blick nehmen und bekämpfen

Bis heute bestimmen starre Geschlechterrollen die gesellschaftlichen Erwartungen an Männer und Frauen. Versuche, diese Rollenzuschreibungen zu verändern, kommen nur schleppend voran und sind durch anti-feministische Bewegungen bedroht. Vor allem Menschen, die sich außerhalb der tradierten binären Geschlechterrollen verorten, werden heftig und oft auch gewalttätig angegriffen. Glaubenssätze oder Mythen über Männlichkeit und Weiblichkeit führen nicht selten zu emotionaler, physischer und sexualisierter Gewalt.

Die Istanbul-Konvention erkennt an, dass Gewalt gegen Frauen das Ergebnis ungleicher gesellschaftlicher Machtverhältnisse zwischen Frauen und Männern ist. Gleichzeitig werden diese Machtverhältnisse durch die Gewalt aufrechterhalten.

medica mondiale fordert alle Parteien dazu auf, die Ursachen der Gewalt anzuerkennen und auf Grundlage wissenschaftlicher Untersuchungen politische Maßnahmen zu erarbeiten. Zu den Maßnahmen müssen breit angelegte Aufklärungskampagnen, Fortbildungen für Berufsgruppen, die mit gewaltbetroffenen Frauen zusammenarbeiten, und der Schutz von Frauenrechtsaktivist:innen vor anti-feministischen und rassistischen Angriffen gehören.

III. Überlebende sexualisierter Gewalt im Rahmen deutscher Außen- und Entwicklungspolitik unterstützen und Frauenrechtsaktivist:innen schützen

Trotz zahlreicher Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zum Thema sexualisierte Kriegsgewalt – die bekannteste unter ihnen die Resolution 1325 aus dem Jahr 2000 – ist es der internationalen Gemeinschaft bis heute nicht gelungen zu verhindern, dass immer noch unzählige Frauen in Kriegen vergewaltigt werden.

Die Bundesregierung als außenpolitische Akteurin steht gemeinsam mit anderen Regierungen in der Verantwortung, wirksame politische Maßnahmen zur Verhinderung sexualisierter Kriegsgewalt zu erarbeiten und gewaltbetroffene Frauen langfristig und bedarfsgerecht zu unterstützen.

Die Unterstützung von Frauenrechtsaktivist:innen in Kriegs- und Nachkriegsgebieten spielt dabei eine zentrale Rolle. Sie sind es, die sich häufig unter Lebensgefahr und widrigen Umständen für gewaltbetroffene Frauen einsetzen. In Afghanistan können wir dies aktuell bei den Protesten von Frauenrechtsaktivist:innen gegen die Machtübernahme der Taliban hautnah miterleben.

medica mondiale fordert deshalb alle Parteien auf, im Rahmen ihrer Außen- und Entwicklungspolitik ganzheitliche und traumasensible Unterstützungsstrukturen langfristig vor Ort zu fördern. Dies schließt die finanzielle Förderung von Frauenrechtsaktivist:innen und -organisationen ein, die mit Überlebenden sexualisierter Gewalt arbeiten. In akuten Krisensituationen müssen Frauenrechtsverteidiger:innen von der Bundesregierung diplomatisch geschützt werden. Hierfür braucht es institutionalisierte und krisenfeste Abläufe.

Damit das gelingen kann, muss der Dritte Nationale Aktionsplan „Frauen, Frieden und Sicherheit“ in der kommenden Legislaturperiode vollumfänglich umgesetzt und müssen die hierfür notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen bereitgestellt werden.

© *medica mondiale*, 27.09.2021

Kontakt:

medica mondiale e. V.
presse@medicamondiale.org

Weitere Informationen:

Unser Forderungspapier „[Feministische Antworten auf sexualisierte Gewalt](#)“ zur Bundestagswahl